

Für Recht und Würde. 25 Jahre GBM. Auf Kampf und Hoffnung setzend.



Der Vorstand

*Mitglieder des Vorstandes im April 1996 (von links nach rechts): Rainer Otto, Dr. Fritz Rösel, Kurt Körner, Käthe Streng, Prof. Wolfgang Richter, Dr. Horst Kolodziej, Dr. Hans Dahlke, Gerd Buddin (im Vordergrund): Dr. Christa Anders, Dr. Ursula Schönfelder
Weitere, nicht abgebildete, Vorstandsmitglieder:
Dr. Sylvia Schubert, Dieter Becker*

Als ich am 4. Juni 1991 zu einer eigens einberufenen Pressekonferenz in Berlin ins Spreehotel am S-Bahnhof Jannowitzbrücke ging, um die Gründung einer zielbewussten, fest entschlossenen und entschiedenen „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde“ – GBM – bekannt zu geben, nicht weiter vor dem immer räuberischer werdenden Imperialismus zurück zu weichen, der den entschiedenen Gewillten entgegen zu treten beabsichtigte, hatte sich nicht wenig getan, was die Menschenrechte in Mitteleuropa immer ernsthafter gefährdete. Doch wenig zum Guten. Und immer entschiedener und drängender begleiteten uns dabei die Worte des Präsidenten der GBM Pfarrer Dr. Dieter Frielinghaus: „nicht zu viel, sondern zu wenig haben wir für den Sozialismus getan“.

1993 nahm eine Delegation der GBM an der UNO-Menschenrechtskonferenz der NGOs in Wien teil, mit unserem noch druckfrischen 1. Weißbuch in der Tasche, das sehr beachtet wurde. Und es war uner-

träglich, dass wir aus den verschiedensten Teilen der Welt kamen und nicht nur die unterschiedlichsten Klassenkräfte und ihre Kampfbedingungen sahen, sondern auch die großen Schwierigkeiten einer wirksamen Gegenwehr. Erschreckend war es auch festzustellen, dass der Frieden nicht sicherer wurde und selbst die Gefahr eines nuklearen Weltkriegs wuchs. Hunger, Durst, Krankheiten und großes Elend, Folter, Ungleichbehandlungen und Ungleichheit, mangelnde Schulbildung und Analphabetismus, Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, Flüchtlingsnot und Slums nahmen und nehmen zu. Wir hatten auch keine Muße über unsere eigene Lage zu jammern. Ob bettelarm oder unwohl im Überfluss reicher Kotzbrocken. Alles, was wir an Ungerechtigkeiten sahen und erlebten, stellte noch weit in den Schatten, was wir an schon genügend schlechten Eindrücken aus unseren postsozialistischen Ländern mitbrachten. Es

gibt tiefgreifende Zusammenhänge zwischen den sich aufdrängenden Bildern der Verzweiflung der Ärmsten und der Marginalisierung ungenutzter Bildungsmöglichkeiten, -chancen und -mittel, dass die humanistischen Bildungswege und -inhalte marginalisiert werden, was Berufsverbote und ein nicht weniger substantieller Entzug und Verlust an Möglichkeiten sinnvoller Lebensinhalte darstellt. Wer nach dem „Cold War“ weiter unvermindert auf den „Cold War“ setzt, der vertraut nur einem „Pendant der nuklearen Abschreckung“. Das sagte General Butler, der Kommandeur des Atomaren Waffen-Arsenals der USA. Und auf eine weitere Frage des „Spiegel“, ob er jemals daran glaubte, das „Gleichgewicht des Schreckens“ könne einen neuen Nuklearkrieg auslösen, statt ihn zu verhindern, antwortete er, er sei fest davon überzeugt, dass es in seiner den Menschen vorgespiegelten Hoffnung in seinem Ziel nicht

Der 8. Mai ohne Wenn und Aber – er bleibt der Tag der Befreiung – auch 2016

Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde

Ein Jahr nach dem 70. Jahrestag der Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus ist die Erinnerung noch frisch, wie Vertreter der offiziellen Politik in der BRD und in anderen Ländern versucht haben diesen Gedenktag historisch umzuinterpretieren und politisch zu instrumentalisieren. An die Stelle der Würdigung der ungeheuren menschlichen und materiellen Opfer, die die Völker der Sowjetunion, insbesondere das russische Volk zur Niederwerfung der faschistischen Bestie im Rahmen der Antihitlerkoalition gebracht haben, traten Russophobie, die Diffamierung Russlands als Aggressor und die Gleichsetzung des Faschistischen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion mit Russlands Kampf um die Wahrung seiner nationalen Interessen und seine Unterstützung des Kampfes der Menschen in der Ostukraine gegen die vom Westen in Kiew an die Macht gepushten radikalnationalistischen und faschistoiden Kräfte. Diese Art und Weise, einen solch historischen Gedenktag zu begehen, an der sich auch die politische Elite der BRD aktiv beteiligt hat, ist geschichtvergessen und würdelos. Auch das darf nicht vergessen werden! Es ist den vielen Menschen in Deutschland und in Europa zu danken, die mit Blumen und verschiedensten politischen und kulturellen Veranstaltungen 2015 den 70. Jahrestag der Befreiung würdig begangen haben in guter Tradition und in dem Bewusstsein, welch zivilisato-

nur versagen könne, sondern sogar notwendig versagen müsse. In der damit gewonnenen Fähigkeit und Bereitschaft, Hunderttausende Menschen abzuschlachten, liege der eigentliche Fluch der Atomwaffen. Er ist die „**Abwertung der eigenen Menschlichkeit**“.

Ja, wir haben mit der DDR viel verloren.

Im Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa, der seit seiner Gründung auch viele Mitglieder, vornehmlich Friedensforscher aus dem Westen zählte, gab es viele heftige Debatten. Bei Ulrike Wasmuth, eine der Autorinnen einer sehr lesenswerten „Geschichte der amerikanischen Friedensbewegung“ und eine der Mitbegründerinnen der GBM, lesen wir: „Zu der relativen Benachteiligung (der Ostdeutschen) kommt noch die Identitätsfrage hinzu: Den ‚Ossis‘ werden Existenzgrundlagen weggenommen, mit denen sie aufgewachsen sind, die ihnen auch Verhaltensnormen gegeben haben. Plötzlich fallen sie nun ins Leere ... Wir können die Reaktionen auf den Zustand der gestörten Stabilität der sozialen Beziehungen beobachten, die dazu führt, dass viele ‚Ossis‘ in die Verzweiflung des Selbstmordes, des normabweichenden Verhaltens, der Delinquenz, der Psychischen Krankheiten usw. getrieben werden“.

Ich denke, dass es auch Aufgabe der Friedensbewegung ist, sich mit der innergesellschaftlichen Fried-

losigkeit zu befassen und der Anwendung der direkten und strukturellen Gewalt entgegenzuwirken.“

Es war in einigen Medien auch eine von uns am 31. Mai angenommene Presseerklärung angekündigt worden, die ich nun als neu gewählter Vorsitzender abgeben sollte. Eingeladen hatten auch Käthe Reichel, Brechtschülerin, Professor Dr. med. habil. Dr. h.c. Friedrich Jung, der in der Debatte um einen präziseren Namen unserer Menschenrechtsvereinigung rang und erfolgreich dafür plädierte dass „Menschenwürde“ hinzugesetzt wurde.

Professor Dr. Fritz Vilmar hat sich von Beginn an auch sehr um die Zusammenarbeit zwischen Ost und West bemüht. Er schrieb später mit Gilbert Badia, dem wohl seit Sartre einflussreichsten kommunistischen Linken in Frankreich, ein Buch über die „Kolonialisierung der DDR“. So fand die Arbeit der GBM auch Interesse in Frankreich. Fritz Vilmar der vor einigen Wochen verstorben war, hat im Juni 1991 für die GBM im „West-Fernsehen“ ein Interview zu Ostrenten gegeben. Dafür hätten wir mit unseren Ostspezialisten keinen so ausführlichen Sendeplatz bekommen. Es wurde gesendet. Und er hatte sich mit nichts geirrt, außer mit unserer Adresse in der Linienstrasse. Im Ergebnis dieses Interviews gab es einen Schub von mehreren hundert neuen Mitgliedern. Die falsche Adresse ließ dem Briefträger nämlich nur die Wahl, auch Straßenpflaster und Hauseingänge als Brief-Abwurf-Adresse zu nutzen. Das war ein großer Medienerfolg.

Fritz Rösel rief mich sofort nach der Sendung an: „Fritz Vilmar hatte gestern Abend noch keinerlei Ahnung von Ostrenten und er hat alles, aber auch wirklich alles, auch das Komplizierteste, richtig gemacht“. Ernst Bienert und Fritz Rösel hatten die ganze Nacht – doch zeitbedingt eben nur eine – alles gemeinsam, durchgesprochen. „Einwandfrei“, freuten sie sich. „Na ja, eben doch Professor“, setzte Fritz Rösel hinzu. Bald formte sich eine große Kraft aktiver Streiter, vor allem für soziale Fragen und Renten noch in sehr großer Breite. Im Ostdeutschen Kuratorium schufen sich die Verbände ein arbeitsfähiges Gremium, wobei nicht alle von ihnen genannt werden können.

Die GBM wurde heute vor 25 Jahren, am 31. Mai 1991, gegründet. Und sie betrachtete und betrachtet sich weiterhin und vornehmlich als ein Verein, der die Interessen von Millionen sozial und politisch Betroffener des überhasteten und ohne Rücksicht auf die Menschen betriebenen Anschlusses der DDR zur BRD und dessen Folgen vertritt. Die GBM vereinigt Menschen, die sich entschlossen haben, in ihrer Betroffenheit nicht zu resignieren, sondern sich gegen die Verletzung ihrer Menschenwürde zu wehren und sich ihre Selbstachtung nicht rauben zu lassen. Sie wehrt sich gegen den abwiegelnden Zynismus kolonisierender Politiker, dass das einzige, wozu der ins Haus stehende Rechtsstaat nicht geeignet sei, ist – so flüsterte man sich bald zu – „nur“ seine Einführung.

Prof. Dr. Wolfgang Richter

rische Katastrophe über Europa hereingebrochen wäre, wenn die Rotarmisten an der Wolga nicht standgehalten hätten. Dieser Gedenktag ruft zur Besinnung und vor allem zur Beantwortung der Frage: Wie konnte es geschehen? Wie konnte in Deutschland und in Europa mit jahrhundertalten Werten in Kultur und politischer Tradition der Aufklärung ein derart mörderisches faschistisches Regime an die Macht gebracht werden?

Es waren die Aushöhlung der Demokratie und der Missbrauch ihrer Institutionen im Interesse der Machterhaltung der Bourgeoisie; die politischen Freiräume, die damit für Rechtsnihilismus, für Revanchismus, für Rassismus und Antisemitismus geschaffen wurden. Diese Tatsachen möchten die offizielle Politik und ihre Geschichtsschreiber umdeuten in einen „gesellschaftlichen Betriebsunfall“, womit ähnliche Tendenzen und ihre Parallelität in der heutigen Gesellschaft verdeckt oder verharmlost werden. So werden Gedenken und gar Lehren aus der Geschichte mehr und mehr durch die Ideologie einer neuen Vormachtstellung Deutschlands, der „größeren Wahrnehmung internationaler Verantwortung“ und des „stärkeren militärischen Engagements“ verdrängt.

Der 8. Mai 2016 ist für die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde auch Anlass, erneut zu unterstreichen, dass die im Zusammenwirken von Regierung und den sogenannten Leit-Medien und in treuer Gefolgschaft mit den USA betriebene Politik gegen Russland unermesslichen Schaden anrichtet – für Frieden und Sicherheit in Europa, für die ökonomische Entwicklung des Kontinents, aber auch für das Denken und Fühlen in der Gesellschaft, wo alte, antirussischen Ressentiments wieder um sich greifen.

Unsere Gesellschaft und ihre Mitglieder werden im engen Verbund mit anderen fortschrittlichen Organisationen auch in diesem Jahr den 8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg begehen.

Wir sehen uns in der Pflicht des Schwurs der befreiten Häftlinge von Buchenwald, in dem es heißt: **„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“**

Wir sind aus einem Holz geschnitzt

Zum Tod von Klaus Steiniger

Am 09.04. 2016 erreichte uns aus dem „Rotfuchskessel“ die schmerzliche Nachricht vom Tode unseres Genossen Klaus Steiniger.

Klaus war mit der GBM und unsere Gesellschaft mit ihm seit Jahren eng verbunden. Besonders deutlich wurde das, als Angela Davis im Januar 2005 an der Rosa-Luxemburg-Konferenz teilnahm und von der GBM mit dem Menschenrechtspreis der GBM ausgezeichnet wurde. Wir alle erinnern uns an die Berichterstattung des ND-Korrespondenten Klaus Steiniger vom Prozess gegen unsere Genossin Angela aus dem Gerichtssaal des kalifornischen San José und an seinen Anteil an der weltbewegenden Aktion der DDR-Jugend „Ein Million Rosen für Angela“.

Das Herz des Internationalisten Klaus Steiniger hing bis zuletzt an der „Nelken-Revolution“ in Por-

tugal, mit deren Repräsentanten ihn eine feste jahrelange Freundschaft verbunden hatte.

Gemeinsam mit dem Militärattaché der sowjetischen Botschaft stand Klaus in Tokio am Grab des sowjetischen Kundschafters Dr. Richard Sorge.

Bleibende Spuren marxistisch-dialektischen Denkens hinterlässt Klaus in der linken Bewegung als Gründer und Chefredakteur der Monatszeitschrift „Rotfuchs“, einem Forum für Sozialisten und Kommunisten mit und ohne Parteibuch, wie er das Grundmotto des „Rotfuchs“ definierte.

Der Tod von Klaus Steiniger reißt eine große Lücke in unsere Reihen; er bleibt unvergessen.

Wir umarmen in Trauer und Solidarität unsere Genossin Bruni und wünschen ihr viel Kraft in diesen schweren Stunden.

Vorstand der GBM



Menschenrechte Verbündete suchen und solidarisch handeln!

Mein Lebensweg führte mich folgerichtig zur GBM. Von 1988 bis 2003 lebte ich im Ausland und blieb davon verschont, jeden Tag hautnah die Enttäuschungen und Erniedrigungen zu erleben, denen DDR-Bürger, die das Bewahrenswerte aus der DDR in die Zukunft retten wollten, ausgesetzt waren. Aber dann erwischte es mich doch. Im ersten Rentenbescheid wurde mir mitgeteilt, dass mir wegen meiner Staatsnähe (ich hatte eine Außenhandelsgesellschaft geleitet) die Rente (gesetzwidrig) gekürzt wurde. Die GBM half mir, in dieser Sache Recht zu bekommen. Ich lernte die Satzung der GBM kennen und fand, dass ich da richtig bin. Ich wurde Mitglied und nach meiner Rückkehr aus dem Ausland 2003 zum Sprecher des Ortsverbandes Köpenick gewählt (kurioserweise mit der Begründung, dass meine tüchtige Vorgängerin nun etwas kürzer treten wolle, da sie das 70. Lebensjahr erreicht habe. Heute betrachten wir 70-Jährige als Junge!).

In dieser Funktion bemühe ich mich bis heute darum, dass die Menschenrechte, die ja jedem Menschen auf Grund seiner Geburt zustehen und nicht das Geschenk von irgendjemand sind, von allen Menschen in Anspruch genommen werden können. Das geschieht im Kleinen durch soziale Betreuung unserer Mitglieder und, wenn auch altersbedingt in abnehmendem Maße, durch Teilnahme an Aktionen gegen Krieg, gegen ökologische Missstände, gegen kapitalistische Ausbeutung, gegen kulturellen Vandalismus – allesamt extreme Verletzungen der Menschenrechte. Dass bei all diesem Handeln die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte im Mittelpunkt stehen, liegt daran, dass sie in der Bundesrepublik und in vergleichbaren Ländern als zweitrangig gegenüber den zivilen Menschenrechten behandelt werden. Das aber ist von der UNO ausdrücklich nicht gewollt. Zur Umsetzung der Deklaration der Menschenrechte gibt es einen Zivilpakt und einen Sozialpakt. Damit wird unterstrichen, dass beide Gruppen von Menschenrechten gleiches Gewicht haben.

2011 übernahm ich die Aufgabe, die GBM anlässlich eines turnusmäßigen Berichtes der Bundesrepublik zu diesen Themen vor dem zuständigen UNO-Gremium, dem Wirtschafts- und Sozialrat, in Genf zu vertreten. Das brachte eine hohe Verantwortung mit sich. Es galt, an die großen Traditionen der GBM auf diesem Gebiet bei früheren internationalen Veranstaltungen anzuknüpfen, die mit den Namen Wolfgang Richter, Jürgen Zenker, Karlheinz Witzke verbunden sind, um nur drei zu nennen, und es galt vor allem, die neue Chance wirkungsvoll und nachhaltig zu nutzen.

Alle Analysen und Forderungen der Experten der GBM, deren Professionalität in sozialen Fragen, auf dem Gebiet der Diskriminierung der neuen Bundesländer und auch in juristischen Fragen bei den anderen NGOs unbestritten war und ist, hatten Eingang in das zentrale gemeinsame Dokument der NGOs gefunden. Die Möglichkeit, drei Minuten lang die Probleme, die der GBM besonders wichtig erschienen, individuell vorzutragen, wurde genutzt: ungerechtfertigte soziale Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern kamen zur Sprache, dazu die missbräuchliche Anwendung des Rentenrechtes als Strafrecht, die staatlich organisierte Altersarmut als Folge der Hartz-IV-Gesetze, vor allem bei Kindern, und die mangelhafte Umsetzung der UNO-Empfehlungen aus den vergangenen Berichterstattungen, besonders im Justizwesen. Alle Analysen und Forderungen der GBM, sowohl die im Gesamtbericht enthaltenen als auch die schriftlich eingereichten und mündlich vorgebrachten, wurden in die abschließenden Bemerkungen aufgenommen, die die zuständige Kommission des Wirtschafts- und Sozialrates der Bundesregierung übergab. Das erschien uns 2011 als ein großer Gewinn. In gewisser Hinsicht war es auch einer, denn die GBM und die anderen NGOs hatten damit die Möglichkeit, die Bundesregierung ganz offiziell auf Versäumnisse in diesen Fragen hinzuweisen. Aber wir hatten nicht damit gerechnet, dass die Bundesregierung diese Empfehlungen auf so unverschämte Weise ignorieren würde. So vergingen zum Beispiel allein sechs Monate, bevor eine autorisierte Übersetzung der Bemerkungen in Umlauf gegeben wurde.

Die wichtigsten Punkte der „abschließenden Bemerkungen“ des UNO-Organes waren:

- Die Bestimmungen des Sozialpaktes werden in der nationalen Gerichtsbarkeit nicht genügend beachtet.
- Die regionalen Ungleichheiten zwischen westlichen und östlichen Bundesländern auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes sind zu beseitigen.
- Es ist sicherzustellen, dass die Hartz-IV-Gesetzgebung durch den Zwang, „jeden akzeptablen Job“ anzunehmen, sowie die Verpflichtung Langzeitarbeitsloser zu unbezahlter Gemeinschaftsarbeit nicht zur Verletzung des Sozialpaktes führen.

- Die Methode der Berechnung der Kosten für den Mindestlebensstandard ist zu überprüfen, besonders für Kinder.
- Die Kommission äußerte Besorgnis über die Diskriminierung der Minister und stellvertretenden Minister der östlichen Bundesländer auf dem Gebiet der Renten.
- Es sollte ein umfassendes Anti-Armutprogramm aufgelegt werden, das auf den Menschenrechten basiert.
- Die Bundesregierung sollte Unterzeichnung und Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Sozialpakt prüfen.

Nichts davon ist substantiell umgesetzt worden. Die Behörden prüfen und prüfen.

Auch die Medien nahmen wenig Notiz von dem Geschehen. Der „Spiegel“ entrüstete sich: „Die UNO stellt Deutschland ein vernichtendes Zeugnis aus ... Ein Bündnis von ehemaligen Psychiatriepatienten, Intersexuellen und DDR-Veteranen hat das bewirkt. Die dazu nötigen Informationen hat die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, kurz GBM, bereitgestellt. Der Ausschuss zeigte sich besorgt über die <Diskriminierung>, die bei der Behandlung von Versorgungsansprüchen ehemaliger Minister und Stellvertreter zum Ausdruck kommt – das war genau die Formulierung, die der Sprecher der GBM dem Ausschuss vorgeschlagen hatte.“ Als ein Staatssekretär aus dem BMS später versuchte, die Kritik mit einem Hinweis darauf, dass es sich ja wohl nur um Beschwerden von Stasi-Leuten handle, abzuwehren, fand er bei den Ausschussmitgliedern und sogar bei seinen im Saal anwesenden Mitarbeitern kein Gehör. Der „Spiegel“ hatte natürlich eine Erklärung für die Diskriminierung: die Betroffenen hätten zu DDR-Zeiten ihre ostdeutschen Mitbürger drangsaliert.

Trotz Ignoranz von Seiten der Regierung und der meisten Medien war das Auftreten der GBM vor dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2011 nützlich. Es bietet eine gute Grundlage, die unerfüllten Forderungen immer neu zu stellen. Das ist durch mehrere Initiativen der Bundestagsfraktion der LINKEN auch geschehen. Auch das Deutsche Institut für Menschenrechte sowie andere NGOs erheben diese Forderungen immer wieder sehr nachdrücklich, zuletzt auf einer Fachkonferenz der Fraktion der LINKEN im Bundestag am 3. März dieses Jahres. Durch solidarisches Handeln mit Organisationen, die gleiche Ziele verfolgen, muss Druck auf die Regierenden aufgebaut werden, um die Empfehlungen des UNO-Organes in die Praxis umzusetzen. In diesem Kreis, zu dem auch ISOR, GRH, Volkssolidarität, Paritätischer Wohlfahrtsverband gehören, wird das Wissen der GBM durchaus geschätzt und als zielführend angesehen, auch wenn im Detail nicht alle Forderungen identisch sind. Beiträge in den Massenmedien und Briefe an Abgeordnete sind wirksame Mittel, um die unerfüllten Forderungen immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

In der DDR waren viele der sozialen Menschenrechte verwirklicht oder ihre Verwirklichung als verbindliche Ziele in klar formulierten Gesetzen festgeschrieben. Wir sollten es auch als unsere Verpflichtung ansehen, diese emanzipatorischen Teile des Erbes der DDR klar zu benennen, sie als Argumente zu benutzen und sie uns nicht durch das Geschwätz vom Unrechtsstaat aus der Hand schlagen zu lassen.

Harald Nestler

I GBM-Informationen – Ein Blättchen von Gewicht

Die Geschichte der GBM ist reich an Publikationen, sind sie doch unerlässlicher Teil unseres Eintretens für Bürgerrechte und Menschenwürde. Dazu zählt gewiss auch die Vereinszeitung – anfangs unscheinbares, aber gewichtiges Blättchen „GBM-Informationen“ und heute elegante Monatsschrift „akzente“. Im August 1993 richtete Prof. Ernst Bienert in der Nr. 1 der „GBM-Informationen“ ein Geleitwort an die Mitglieder des Förderkreises Senioren bei der GBM, in dem er die Notwendigkeit eines Erfahrungsaustausches aller vom Rentenunrecht Betroffenen begründete. Im Oktober erschien die Nr. 2 des Blattes, das ich dann bis zum Dezember 2003 in 83 Ausgaben als verantwortlicher Redakteur begleitete. Der Anfang war nicht einfach: unzureichende materielle Möglichkeiten, und als ehemaliger ADN-Nachrichtenredakteur hatte ich kaum Erfahrungen bei der Herstellung einer

digitalen Zeitung; das machte mir zu schaffen. So kam es auch, dass mein Freund Harald Dittmar, der das erforderliche teure PC-Publikationsprogramm beschafft hatte und mich in die digitale Welt einführte, und ich eine Nacht in einer kalten Baracke in Berlin-Biesdorf verbringen mussten. Dort, wo sich im Hafersteig das Büro des Förderkreises Senioren befand, hatten wir uns in einer Bude niedergelassen, um eine Ausgabe des Blattes vorzubereiten, und waren prompt bei Betriebsschluss vergessen und eingeschlossen worden. Der einzige Vorteil: Die neue Ausgabe war am nächsten Morgen fertig. Inhaltlicher Mittelpunkt der Publikation, die zunächst alle zwei Monate und später monatlich erschien, war entsprechend den Zielen des Förderkreises Senioren, der über lange Jahre und viele Gerichtsinstanzen gehende Kampf gegen die diskriminierende Ost-Rentengesetzgebung der BRD. Dr. Fritz

Rösel, Dr. Ursula Schönfelder, Wolfgang Konschel, Prof. Wolfgang Richter und andere Autoren informierten die bald mehr als 4000 Mitglieder des Förderkreises Senioren und gaben wichtige Hinweise für das persönliche Vorgehen in diesem Kampf. Später – auch mit den Erfolgen in unserem Streben nach Renten-Gerechtigkeit – traten weitere Themen der GBM in den Vordergrund: der Widerstand gegen die Herabsetzung von DDR-Biografien, unser Eintreten für den Frieden, die internationale Solidarität, die umfangreiche Kulturarbeit, gestützt auf viele zur GBM gehörende berühmte Künstler, und nicht zuletzt die von Gisbert Graff initiierte Reise-AG. Die Aktivitäten der Ortsverbände, die 1998 mit dem Aufgehen des Förderkreises Senioren in der GBM ihr Aufgabenfeld erweiterten, kamen nicht zu kurz. Nicht immer stieß ich, der als Nachrichten-Redakteur auf sinnvolle

Kürze von Texten getrimmt war, bei den Verfassern von wissenschaftlichen Abhandlungen auf Verständnis für mein Verlangen, möglichst viele Informationen und Gedanken auf den wenigen Seiten zu veröffentlichen. Fast belustigend war mein Streit mit den Poeten, die – wenn es nach ihnen gegangen wäre – jede Ausgabe zu einem Gedichtband gemacht hätten. Letzten Endes hat es bei den einzelnen Mitgliedern, in den Ortsverbänden und im GBM-Bundesvorstand viel Anerkennung für die „GBM-Informationen“ als bindendes Glied zwischen den Mitgliedern, wichtiges Instrument des Gedankenaustausches und Plattform zur Verbreitung unserer Kampfziele und Aktivitäten gegeben. Mit der Nummer 1 der „akzente“ wurde im Januar 2004 unter der Regie von Prof. Gerd Fischer und jetzt Jörg Pauly dieser Kurs fortgesetzt und im neuen Gewand durch neue Ausrichtungen und Themen ergänzt.

Heinz Neumann

I Dem Frieden verpflichtet

Die Gründer der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, die Aktivisten der ersten Stunden, die sich mit aller Kraft für die sozialen und bürgerlichen Rechte der Bürger der (in kolonialer Manier) angeschlossenen DDR einsetzten, waren sich von Anfang an bewusst und einig: in dieser größer und stärker gewordenen kapitalistischen BRD sind soziale Gerechtigkeit und die Verwirklichung aller Menschenrechte für alle eng verbunden mit dem Kampf um Frieden und Sicherheit. So war es in den vergangenen 25 Jahren und ist es bis heute geblieben, dass sich die Mitglieder der Gesellschaft in die Aktionen der Friedensbewegung einreihen, ja dass die Gesellschaft selbst zu einem aktiven Faktor der Friedensbewegung wurde. Alle diese Aktivitäten – ob in Berlin oder in den Territorien – erfolgten meist

gemeinsam mit anderen Organisationen, im Rahmen des OKV sowie in verschiedenen Friedenbündnissen. In diesem Sinne war die GBM immer bündnis- und kooperationsfähig, hat sie ihre Möglichkeiten in die Friedensbewegung eingebracht mit den Schwerpunkten: politische, marxistische Analyse der Verhältnisse, Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit, Erklärungen. Höhepunkte im Friedenskampf Ende der neunziger Jahre war die Mobilisierung gegen den Krieg der NATO gegen Jugoslawien. Die GBM und viele ihrer Mitglieder nahmen an den Aktionen gegen diesen unsäglichen Krieg teil. Herausragend war zweifellos ihre Rolle bei der Vorbereitung und

Durchführung des internationalen Tribunals über den Jugoslawienkrieg, das auf das schärfste NATO, USA und BRD ob ihrer mörderischen Strategie und ihrer gefährlichen Ignoranz des Völkerrechts und der UNO verurteilte. Damit erwies sich dieser Krieg als „Schlüssel“ für die nachfolgenden imperialistischen Überfälle bzw. Aggressionen, die oft nach gleichem bzw. ähnlichem Muster erfolgten: Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und andere Länder. Das internationale Tribunal über den Jugoslawien-Krieg war auch der Ausgangspunkt für eine Internationalisierung der Friedenarbeit der GBM. Gemeinsam mit anderen Aktivisten vorwiegend aus Osteuropa wurde ein Netzwerk für den Informations- und Erfahrungsaustausch – das Europäische Friedenforum – gegründet, das viele Jahre gegen die

Kriegsgefahr und für die Sicherheit in Europa gewirkt hat. Im Rahmen dieses Forums leistete die GBM aktive Friedensarbeit, oft als Inspirator und Organisator wichtiger internationaler Konferenzen: 2003 in Prag gegen den Irak-Krieg, 2006 in Berlin gegen die Gefahr eines neuen Faschismus, 2008 in Kiew gegen die Osterweiterung der NATO, US-Raketenschild und Kosovo-Szession, 2009 in Berlin „Nein zur Nato – Nein zum Krieg“. Diese Konferenzen und viele andere Aktivitäten der GBM und ihrer Mitglieder (Publikationen, Buchbesprechungen, Informationshefte zu entsprechenden Themen – insgesamt 193 Titel) leisteten und leisten einen wertvollen Beitrag zur Aufklärung, zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Menschen über den drohenden imperialistischen Interventionismus von Seiten der USA und ihrer Vasallen. Die Gesellschaft hat damit zu den Fragen von Frieden und Sicherheit ein politisches Fundament gelegt, das es ermöglicht, Aufklärer und Protestierer zugleich zu sein und trotz der bescheidener gewordenen Kräfte und Möglichkeiten – in kameradschaftlicher Solidarität – auch in Zukunft in den Fragen von Frieden und Sicherheit ein Stück Gegenöffentlichkeit gegen die offizielle Politik zu schaffen.



Helmut Semmelmann mit Teilnehmern des Kolloquiums „Globale Kriege, Sozialraub – ein neuer Faschismus“

Helmut Semmelmann

25 Jahre GBM ...

Und die meiste Zeit war ich dabei.

Im Jahr 1994 suchte ich Rat zu meiner Rente bei Fritz Rösel. Ich bekam von ihm viele Hinweise, aber was mir besonders in Erinnerung geblieben ist, sind seine Worte „Wir müssen uns organisieren“. Nicht nur die Rente – unfreiwillig aus dem Arbeitsleben ausgeschieden, Anmeldung beim Arbeitsamt, Rückübertragungsanspruch auf unser Wohnhaus vom Alteigentümer, welche Perspektive haben die Kinder? Und vieles mehr. So kam ich zur GBM. Alle Mitglieder, die ich in Versammlungen traf, hatten dieselben Fragen, wenig Antworten, aber wir kämpften gemeinsam gegen Diskriminierung vielfältiger Art.

1999 wurde ich in den Vorstand gewählt. Neue konkrete Aufgaben wollte ich übernehmen. Ich war Vertreter der GBM, als wir im Jahr 2002 in der Initiativgruppe „Friedens- und Zukunftswerkstatt“ in Frankfurt am Main ein „Memorandum für eine andere Politik“ erarbeiteten: Unsere Erwartungen an die Schröder-Regierung!

Etwas später wurde ich Schatzmeisterin. Hier konnte ich mein fachliches Wissen nützlich einbringen, aber ich musste auch viel Neues lernen, um den rechtlichen Anforderungen voll gerecht zu werden und das Optimale herauszuholen, was für den Verein möglich ist.

25 Jahre GBM – ich bin froh, dass ich dabei sein konnte, die Geschichte der GBM mit zu schreiben, was ich hier nicht alles aufzählen kann.

Da waren wichtige Konferenzen in Berlin, auch die Teilnahme unserer Vertreter in anderen Ländern, das Tribunal gegen den Jugoslawienkrieg – die GBM wurde international bekannt. Die Solidarität mit den Kindern in Jugoslawien, die durch den Krieg zu Waisen wurden, bleibt unvergessen. Da war der Gang nach Karlsruhe, der ein bisschen mehr Gerechtigkeit für viele Rentner brachte und durch die Anerkennung von Rentenansprüchen zu Nachzahlungen führte. Aber wir sind noch nicht zufrieden.

Kritische Berichte und Stellungnahmen der GBM zu Menschenrechtsverletzungen waren die Grundlage zu mehreren UNO-Rügen an die Bundesrepublik.

Die Verleihung des Menschenrechtspreises war in jedem Jahr ein besonderer Höhepunkt. Wir hatten den

ICARUS und viele eigene Publikationen. Unsere Finanzen waren stabil und einige Reserven zu übergeben, war für mich ein wichtiges Ziel.

Die Medien konnten an der GBM nicht vorbei, es gab viele nicht nur gute Berichte. Wir mussten uns gelegentlich auch gegen Verleumdungen und Verfälschungen manchmal mit juristischer Hilfe wehren. Heute muss man nach Berichten in einigen Zeitungen suchen.

Und wenn ich zurück schaue: ich habe in der GBM viele Freunde gefunden und bin hervorragenden Menschen begegnet. Ich denke an Walter Womacka, Willi Sitte, Käthe Reichel, Günter Görlich und viele andere.

Die Arbeit im Ortsverband ist ein ständiges Bedürfnis für uns alle. Mit den Reisen und Ausflügen im Arbeitskreis Kultur- und Bildungsrei-



Foto: Jörg Pauly

sen sind unvergessliche Erlebnisse verbunden. Gedankenaustausch zu vielen politischen und gesellschaftlichen Problemen führt dazu, weiter nach vorn und nicht rückwärts zu schauen, das ist unsere Pflicht.

Ich erlebe es ständig, wie viele unserer Mitglieder trotz hohen Alters und gesundheitlicher Probleme aktiv sind.

Wir haben viel erreicht, aber es gibt noch viel zu tun. Und ich will weiter dabei sein.

Dr. Gisela Hering

GBM in Chemnitz

Unmittelbar nach der Wende 1989 gründeten sich in Karl-Marx-Stadt wie auch in anderen Städten der DDR Initiativen, die sich den Problemen der neuen gesellschaftspolitischen Situation annahmten und deren Lösung zum Gegenstand ihrer Arbeit machten. So wurde u.a. in Chemnitz eine Initiative gegen Berufsverbote gegründet.

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirks-, Kreis- und Stadtverwaltungen wurden wegen sogenannter „Systemnähe“ gekündigt. Viele von ihnen waren sprachlos und wollten sich wehren, auch klagen vor den Arbeitsgerichten. Obwohl ich davon nicht betroffen war, wurde ich angesprochen und habe diese Aktivitäten nach meinen Möglichkeiten unterstützt. So konnte ich vieles im Vorfeld und nach den Gerichtsverhandlungen an die Öffentlichkeit bringen. Hilfe und Unterstützung bekamen wir in dieser Zeit von Freunden und Genossen der DKP aus unserer Partnerstadt Düsseldorf.

Um meine Arbeit weiter zu qualifizieren sowie Hinweise und Erfahrungen auf diesem Gebiet zu

bekommen, stellte ich 1991 den Antrag auf Mitgliedschaft in der GBM und wurde am 13. Dezember 1991 vom Vorstand unter der Mitgliedsnummer 10000131 aufgenommen.

In den folgenden Jahren beteiligte ich mich an der Vorbereitung eines „Internationalen Hearing Berufsverbote im vereinigten Deutschland und das neue Europa“ im Januar 1993 in Berlin. Hier lernte ich Klaus Eichner und Prof. Dr. Wolfgang Richter persönlich kennen. Ihre Arbeit und ihr Einsatz für die Menschenrechte begeisterten mich und bewogen mich, in Chemnitz noch mehr auf diesem Gebiet zu tun.

Dann begannen die ersten Gerichtsprozesse gegen Mitglieder des Politbüros des ZK der SED und Verantwortliche der Sicherheitsorgane der DDR. Auch in Chemnitz wurde dies in Gesprächen und Zusammenkünften thematisiert. Am 19. September 1996 entstand das Solidaritätskomitee für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland, Region Chemnitz.

Im Vorfeld des USA-Krieges gegen den Irak riefen Aktivisten in Chemnitz ehemalige Zivilbeschäftigte,

Soldaten, Unteroffiziere, Fähnriche, Offiziere und Generäle der NVA zu einer Unterschriftenaktion gegen diesen Krieg und gegen eine deutsche Beteiligung daran auf. 1.249 Unterschriften aus über 175 Städten und Gemeinden der BRD wurden gesammelt und am 22. Mai 2003 von mir und weiteren Freunden dem parlamentarischen Staatssekretär im Ministerium für Verteidigung der BRD Herrn Walter Kolbow im Bendlerblock in Berlin übergeben. Diese Aktion ermutigte uns, die Interessengemeinschaft „Für Frieden in der Welt“ und das Solidaritätskomitee für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland, Region Chemnitz, als Interessengemeinschaft „Frieden – Gerechtigkeit – Solidarität“ in der Partei DIE LINKE Chemnitz zusammenzuschließen. Seit Anfang des Jahres 2004 ist die Interessengemeinschaft Mitglied der Deutschen Sektion des Europäischen Friedensforums. Seit diesem Zeitpunkt bin ich ein Sprecher der Interessengemeinschaft. Seit Februar 2002 bin ich Vorsitzender des Sprecherrates des Ortsverbandes Chemnitz und Um-



Foto: Jörg Pauly

gebung. Seit unserer Gründung 1993 führen wir immer noch jeden zweiten Montag im Monat öffentliche Beratungen des Sprecherrates durch. Von meinen Arbeitgebern habe ich bisher viel Verständnis für diese Tätigkeit erhalten. Durch Arbeitszeitveränderungen konnte ich bis auf zwei Ausnahmen immer an die Beratungen teilnehmen und diese leiten.

Seit Mai 2012 bin ich Mitglied des Bundesvorstandes der GBM und möchte hier auch weiterhin mitwirken.

Dieter Siegert

Für ein aktives, erholsames und kulturvolles Leben unter Gleichgesinnten



Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisen in Eisenhüttenstadt, dem größten Flächendenkmal Deutschlands. Mit dem langjährigen Generaldirektor des Eisenhüttenkombinates, Prof. Karl Döring (Mitte des Bildes) hatte die Gruppe intensive Gespräche über die Entwicklung des Werkes und der Stadt.

Der Vorstand der GBM beschloss 1997, einen Arbeitskreis für Reisen zu gründen, um Mitgliedern und Sympathisanten die Möglichkeit zu geben, mit Gleichgesinnten nicht nur erholsame Urlaubstage zu verbringen, sondern zugleich mit kompetenten Gesprächspartnern aktuelle politische Probleme diskutieren zu können. Von Anfang an leistet der Arbeitskreis einen entscheidenden Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben, die sich die GBM als Menschenrechtsorganisation stellt. Gemeinsam mit Mitgliedern der GBM, ISOR, GRH, den Sportsenioren sowie Sympathisanten setzen wir uns mit der verfassungs- und rentnerfeindlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesrepublik auseinander und finden zugleich Stärke und Geborgenheit im Freundeskreis. Die Solidarität mit den Opfern des NATO-Krieges gegen Jugoslawien gehörte zu den ersten Aktivitäten des Arbeitskreises. Rund 50 Mitglieder fuhren 1999 nach Kragujevac und Belgrad, um Solidaritätsspenden in Höhe von 4000 DM zu

überbringen, die durch ein Solidaritätskonzert des Kinderensembles „SADAKO“ und des Ernst-Busch-Chores eingenommen werden konnten.

Großen Zuspruch fand 2007 auch die Solidaritätsveranstaltung für das vom Hochwasser schwerbeschädigte Kinderheim in Meißen. Im Januar 2016 organisierte der Arbeitskreis für Flüchtlingskinder aus dem Containerheim am Blumberger Damm einen Ausflug in die Schorfheide, der von den Kindern begeistert aufgenommen wurde.

Das Echo auf die bisherigen Reiseangebote war und ist überwältigend, und die Reiselust unserer Mitglieder ist ungebrochen. Bislang haben sich an den unterschiedlichsten Veranstaltungen seit 1997 rund 17.000 Personen beteiligt. Zahlreiche Sympathisanten sind durch unsere Aktivitäten inzwischen zu Mitgliedern der jeweiligen Organisationen geworden.

Von Usedom bis Morgenröthe-Rautenkranz, von Weißrussland bis Kuba – viele interessante Reiseziele und Begegnungen mit Politikern, wie Sahra Wagenknecht, Wolfgang Gehrcke, Dagmar Enkelmann, Egon Krenz oder Igor Karpenko, 1. Sekretär der KP Weißrusslands, standen auf unserem Programm.

Unvergesslich sind die Besuche im ersten Friedensfahrtmuseum der Welt in Kleinmühligen und die Begegnungen mit Täve Schur, der auch unser Gast zur Frauentagsfeier in diesem Jahr war; die Silvesterfahrt nach Morgenröthe-Rautenkranz und das dortige Treffen mit dem ersten deutschen Kosmonauten Sigmund Jähn oder die Fahrt entlang der Mosel mit dem einstigen Kundenschafter der HVA Rainer Rupp. Höhepunkte sind die alljährlichen Herbsttreffen in landschaftlich reizvollen Gegenden, verbunden mit Besichtigungen, kulturellen Highlights und spannenden politischen Debatten zu aktuellen Fragen.

Eine großartige Demonstration war 2015 das Treffen an der Gedenkstätte in Seelow mit 265 Teilnehmern. In einer Zeit, in der in Europa wieder Krieg geführt wird, muss alles dafür getan werden, um das zu verhindern und damit auch die Ursachen für Flüchtlingsströme. Das war der Grundtenor der Reden des Rates der Botschaft Belarus Aleksei Zhubanov und von Generalleutnant a.D. Manfred Volland an der Gedenkstätte.

Reisen ins Ausland gehören ebenfalls zum begehrten Angebot des Arbeitskreises. Weißrussland, Bulgarien, Kuba, Kroatien, die Mauren, Andalusien, Teneriffa, Griechenland, Zypern, Norwegen, USA oder die sehr beliebten Kuren in Ungarn seien hier nur als einige Reiseziele erwähnt. Wir erfuhren überall Interessantes über Geschichte, Traditionen und über die heutige Entwicklung in diesen Ländern. Stets sind wir bemüht, auch „hinter die Kulissen“ zu schauen, um das Leben der Menschen in diesen Ländern, ihre Sorgen und Probleme zu verstehen. Das ist unsere gelebte Völkerverständigung.

Gisbert Graff

Aus dem Ortsverband

Der GBM OV Barnim lädt zu einer Veranstaltung gemeinsam mit der Regionalgruppe Bernau und Umgebung des Rotfuchs-Fördervereines für **Donnerstag, den 09.06.2016, um 18 Uhr in den Treff 23, Breitscheidstraße 43a, 16321 Bernau bei Berlin, ein.** Vortrag und Gedankenaustausch zum Thema: „Die aktuelle geopolitische Situation – Interessenkonflikte und Gefahren!“ Es spricht Prof. Dr. Herbert Meißner.

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Annamarie Johne
Berlin

Helmut Kindler
Zwenkau

Gerhard Naumann
Berlin

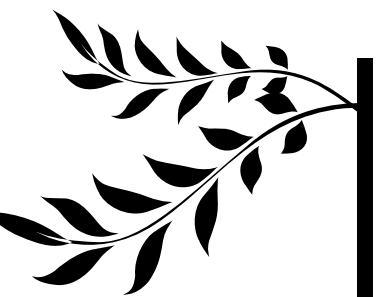
Karl-Heinz Oswald
Berlin

Rudolf Rennert
Berlin

Erhard Richter
Berlin

Hans Röder
Berlin

Dr. Edwin Schwertner
Berlin



Inge Steinel
Borgsdorf

Roland Zschirpe
Gera

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Ein Beispiel für aufrechten Gang

Zu den Gründervätern der GBM gehörte Dr. Horst Kolodziej. Von Beginn an bis zu seinem viel zu frühen Tod am 29. Juli 2007 war er Stellvertretender Vorsitzender der GBM. Wenn sich heute zahlreiche Künstler um die GBM scharen und in ihr eine Möglichkeit der Präsentation ihrer Werke und des Gedankenaustauschs finden, so ist das seinem Mühen zu danken und denen, die heute sein Werk fortsetzen. Der von ihm gegründete Arbeitskreis Kultur, der ebenfalls von ihm initiierte und geleitete Freundeskreis „Kunst aus der DDR“ und die von ihm ins Leben gerufene GBM-Galerie setzen das fort, was um 1990 verschwinden sollte. Und es ist wohl nicht übertrieben zu sagen, dass der Verband Bildender Künstler – als einziger der Künstlerverbände der DDR – in dieser Form weiterlebt. Zu seinen Lebzeiten hatten Horst und seine Freunde schon 50 Ausstellungen organisiert. Heute sind es mehr

als 80. Zahlreiche Diskussionsrunden, Lesungen und Diskussionen gaben Künstlern ein Podium, das sie andernorts schwer finden, da die Kunst aus der DDR immer wieder von Lügenbergen verdeckt und von Delegitimierungswellen überspült werden soll. Beharrlich und selbstlos hatte Dr. Horst Kolodziej stets das Gesamtanliegen der Menschenrechte im Blick, wandte er sich entschieden gegen die Diskriminierung der Ostdeutschen und stritt für ihre Interessen. Den kulturellen Defiziten des Einigungsprozesses und den Verletzungen des Einigungsvertrages galt seine besondere Aufmerksamkeit. Die GBM verlor in ihm vor allem einen verdienten Kulturpolitiker. Seine langjährigen Erfahrungen als 1. Sekretär des Verbandes Bildender Künstler der DDR waren ihm für seine Arbeit in der GBM von besonderem Nutzen. Horst spielte – wie der Präsident Willi Sitte – nicht die Rolle eines Absolutisten; er suchte

vielmehr den Ausgleich der Interessen und hatte stets die Bedürfnisse und Sorgen der Künstler im Blick. Ein vielgestaltiger Prozess von Kontinuität und Erneuerung sicherte dem Verband zunehmend gesellschaftliche Achtung. Hinzu kam das Mühen um tatsächlich demokratische, durchsichtige Strukturen, die er in die Arbeit der GBM einbrach-

te, die aber heute – dem Mainstream entsprechend – gelehrt werden. So sehen wir heute das Wirken von Horst als eine Form stolzer Selbstbehauptung. Die ungebrochene Fortsetzung gerade dieses Erbes wird eine der edelsten Aufgaben der GBM sein.

Dr. Peter Michel



Dr. Horst Kolodziej mit bildenden Künstlern

Wir beglückwünschen alle Jubilare des Monats Mai 2016. Besonders herzlich grüßen wir

zum 90. Geburtstag

Ruth Daum, Hoppegarten
Irmgard Groenert, Gera
Annemarie Repka, Berlin
Karl-Heinz Siebert, Magdeburg
Hans Uckert, Berlin
Rudolf Weise, Chemnitz

zum 89. Geburtstag

Vera Bergmann,
Königs Wusterhausen
Karlheinz Gast, Berlin
Gertrud Heuckrodt, Frankfurt/Oder
Dr. Rolf Kirchhoff, Berlin
Paul Limberg, Meißen
Arnold Naumann, Chemnitz
Dr. Roland Nietzold, Berlin
Ilse Riehs, Berlin

zum 88. Geburtstag

Rudi Burghardt, Kamenz
Gisela Keune, Cottbus
Kurt Läßig, Berlin
Eva Pöge, Weißwasser
Dr. Günter Reichert, Freital
Prof. Dr. Manfred Schütze, Berlin
Manfred Stübchen, Gera
Irmgard Tinz, Berlin
Gertraude Uhlmann, Berlin
Günter Ziesche, Berlin

zum 87. Geburtstag

Ursula Eberhardt, Berlin
Ingeborg Eichler, Uhyst
Eberhard Fensch, Welzin/Usedom

Ernst Fuchs, Neubrandenburg

Ilse Gerth, Berlin
Werner Guckel, Halberstadt
Karl-Heinz Haack, Schwerin
Kurt Herrmann, Roßlau
Jutta Holland, Berlin
Wilfried Kittler, Berlin
Alfred Koßmann, Magdeburg
Heinz Martin, Berlin
Lieselotte Meschter, Berlin
Brigitte Münzel, Berlin
Dr. Joachim Naumann, Berlin
Willi Pöller, Neustrelitz
Hanfried Schröter, Niesky
Dr. Walter Siegert, Berlin
Prof. Dr. Heinz Voßke, Delmenhorst
Kurt Winkler, Chemnitz

zum 86. Geburtstag

Wilhelm Bastian, Kleinmachnow
Ruth Claus, Berlin
Prof. Dr. Gerhard Dybowski, Berlin
Dr. Kurt Fenske, Berlin
Winfried Fischer, Berlin
Kurt Koopmann, Seddiner See
Hans König, Halle (S.)
Horst Könk, Halle (S.)
Werner Lindner, Berlin
Friedemann Möller, Berlin
Dr. Ilse Mutzbauer, Berlin
Rolf Repka, Magdeburg
Erika Tschierschke, Görlitz

zum 85. Geburtstag

Fred Bauksch, Berlin

Roland Berger, Hohen Neuendorf

Dr. Siegfried Frei, Straußberg
Erika Gründer, Eberswalde-Finow
Hannelore Heinemann,
Bad Langensalza
Werner Herklotz, Hoppegarten
Dr. Christine Hoffmeister, Zeuthen
Erika Kamieth, Berlin
Prof. Dr. Ingomar Klein, Berlin
Manfred Köppen, Templin
Joachim Kubisch, Berlin
Walter Kuhn, Berlin
Günter Möder, Berlin
Renate Müller, Suhle
Hanns Jörg Schwenker,
Neubrandenburg
Olga Streit, Berlin
Peter Urchs, Berlin
Dr. Gerda Wunderlich,
Mittweida

zum 80. Geburtstag

Klaus Kirsch, Berlin
Werner Menschner, Berlin

zum 75. Geburtstag

Peter Franz, Taubach
Sieglinde Hammer-Thomas,
Berlin
Dr. Bruno Mach, Berlin

zum 65. Geburtstag

Dr. Martina Bunge, Rostock
Harald Kampffmeyer, Berlin



zum 97. Geburtstag

Prof. Dr. Gerhard Hiller, Berlin

zum 95. Geburtstag

Prof. Erwin Andrä, Halle
Alex Fiodorow, Berlin
Alfred Reinsch, Niesky
Klaus Richter der Vroe, Borkheide

zum 94. Geburtstag

Heinz Kandler, Dresden

zum 93. Geburtstag

Karl Thomasius, Berlin
Reinhard Wecker, Berlin

zum 92. Geburtstag

Günther Seidel, Chemnitz

zum 91. Geburtstag

Hartmuth Böhler, Erfurt
Werner Heilemann, Berlin
Werner Laabs, Güstrow
Ulrich Müller, Berlin
Rudi Philipp, Dippoldiswalde
Karl-Heinz Schulmeister, Bad
Saarow

Herausgeber

Bundesvorstand der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
 Weitlingstraße 89, 10317 Berlin
 Tel.: 030 5578397
 Fax: 030 5556355
 E-Mail: gbmev@t-online.de
 Website: www.gbmev.de

Geschäftszeiten

Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr
 Fr. 9.00–12.00 Uhr

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
 BLZ 100 500 00
 Konto-Nr. 0013 192 736
 Neu ab 01. Februar 2014
 IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
 BIC BELADEBE XXX

Erscheinungsweise

monatlich

V. i. S. d. P.

Karl-Heinz Wendt
 Redaktion: Jörg Pauly

Redaktionsschluss

29. April 2016

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe

27. Mai 2016

Layout, Herstellung und Vertrieb

MediaService GmbH
 Druck und Kommunikation
 Franz-Mehring-Platz 1
 10243 Berlin
 Tel. 030 29782940

Für den Inhalt namentlich gezeichneter Beiträge sind die Autoren verantwortlich.

Herausgeber und Redaktion haften nicht für unaufgefordert eingesandte Manuskripte. Sie behalten sich das Recht vor, über den Abdruck eingesandter Beiträge zu entscheiden und zum Abdruck kommende Beiträge zu kürzen

Die **akzente** dienen dem Gedankenaustausch der Mitglieder und Ortsverbände. Artikel können bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

28 Mitglieder

28 Mitglieder überwiesen von Mitte März 2016 bis Mitte April 2016 Spenden an die GBM. Der Vorstand bedankt sich herzlich.

Aktuelle Bankdaten für einen Überweisungsvordruck:

Begünstigter: GBM e.V.
 IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
 BIC BELADEBE XXX
 Kreditinstitut: Berliner Sparkasse
 Kundenreferenzen (1 Zeile): Spende noch Verwendungszweck (2 Zeile):
 St.-Nr. 27/666/53250

GBM und Solidarität

Zehn Jahre lang waren 12 GBM-Mitglieder und Freunde in einem „Arbeitskreis Solidarität“ mit serbischen Kindern und Familien organisiert, 2000 bis 2010. Das war eine logische Konsequenz aus dem aktiven Protest gegen die Beteiligung deutscher Soldaten an einem Angriffskrieg gegen die SFR Jugoslawien. Die GBM trug tatkräftig dazu bei, dass die Folgen der 78 Tage und Nächte anhaltenden Bombardierungen und Tötungen von Zivilisten 1999 aufgeklärt und angeprangert wurden, durch Recherchen vor Ort unter Einbeziehung von Experten und das anschließende Tribunal in der Berliner Heilig-Kreuz-Kirche im Jahre 2000.

Vor allem das Flüchtlingsheim in Raca und das Kinderheim „Det-ski Dom Mladost“ betreute der Arbeitskreis durch umfangreiche Spenden und verschiedene Aktivitäten. In fast allen Ausgaben der „akzente“ konnte man davon lesen unter dem von einem Kind gemalten Logo „die Friedenstaube Vera“ und dem Titel „Die Solidarität geht weiter“. Mehrmals waren Ferienkinder in Deutschland. Da halfen das Schülersaussteigerprojekt im Land Brandenburg „Am Rand“ und die Gewerkschaft ver.di. Auch die Leiter der beiden Heime waren zu Gast bei der GBM in Berlin. Deutsche und serbische Kinder schlossen Freundschaften, es entstanden Brücken der Solidarität. Einer der unvergessenen Höhepunkte war ein 2tägiges Kinderfest in der Weitlingstraße, wo wir anschließend dem Kinderheim einen Kleinbus schenken konnten.

Wir haben das Ziel dieses Arbeitskreises, mit einer Patenschaft der GBM die elternlosen Heimkinder in Kragujevac auf dem Weg ins Erwachsenenleben zu begleiten, mit Hilfe vieler GBM-Mitglieder erreicht.

Innerhalb der GBM gibt es unzählige weitere Initiativen der Solidarität. Der Arbeitskreis war mit den sich aktiv einbringenden Mitgliedern de facto eine dieser Initiativen. Viele neue Ideen der Solidarität zu anderen Vorhaben konnten nicht verwirklicht werden, da die meisten Mitglieder außerhalb der GBM schon in ähnlichen Projekten Solidarität üben und üben, u.a. in Berlin, in Eisenhüttenstadt und auch in Serbien und Kuba.

Gabriele Senft

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
 Weitlingstraße 89, 10317 Berlin
 ZKZ 48734, PVSt, Deutsche Post 

Seit 1996 verleiht die GBM jeweils am 10. Dezember, dem Tag, an dem die Allgemeine Deklaration der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris gebilligt und veröffentlicht wurde, ihren Menschenrechtspreis.

Mit dieser Auszeichnung wurden geehrt:

- 1996 Pastor i.R. Dr. Dieter Frielinghaus, Brüssow
- 1997 Rechtsanwalt Pierre Kaldor +, Paris
- 1998 Dr. Fidel Castro-Ruz, Havanna
- 1999 Pastorin Bé Ruys +, Berlin
- 2000 Käthe Reichel +, Buckow
- 2001 Prof. Dr. Velko Valkanov, Sofia
- 2002 Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolff, Berlin
- 2003 Prof. Dr. Michel Chossudovsky, Ottawa
- 2004 Prof. Angela Davis, Oakland
- 2005 Prof. Dr. Hermann Klenner, Berlin
- 2006 Rechtsanwältin Felicia Langer, Tübingen
- 2007 Dr. Voitech Filip, Prag
- 2008 Prof. Dr. Fritz Vilmar +, Berlin
- 2009 Heidrun Hegewald, Berlin
 Prof. Willi Sitte +, Halle
 Prof. Walter Womacka +, Berlin
- 2010 Lorenz Knorr, Frankfurt/M.
- 2011 Dr. Martina Bunge, Rostock
- 2012 Prof. Dr. Wolfgang Richter, Wandlitz
- 2013 Prof. Dr. Heinrich Fink, Berlin
- 2014 Laura von Wimmersperg, Berlin
- 2015 Dr. Hans-Peter Michel, Berlin

Darüber hinaus verlieh die GBM gemeinsam mit befreundeten Organisationen den Europäischen Friedenspreis an

- die A.R.A.C. die französische Republikanische Vereinigung der Veteranen und Kriegsgesopfer der Kämpfer für Freundschaft, Solidarität, Antifaschismus und Frieden (2006)
- die Ländersektion der Ukraine des Europäischen Friedensforums (2006)
- das Bündnis „Dresden nazifrei“
- und den Europäischen Friedens- und Menschenrechtspreis an Prof. Dr. Sonja Mebel und Prof. Dr. Moritz Mebel